

Das zivilrichterliche Dezernat

Büßer / Tonner

5. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-80824-1
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Büßer/Tonner
Das zivilrichterliche Dezernat

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Das zivilrichterliche Dezernat

von

Dr. Janko Büßer

Richter am Oberlandesgericht

und

Dr. Martin Tonner

Richter am Oberlandesgericht

5., vollständig überarbeitete Auflage 2024
beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag: Büßer/Tonner Zivilrichterl. Dezernat § 1 Rn. 1

*Nur für die bessere Lesbarkeit und Verständlichkeit wurde
auf eine geschlechterneutrale Sprache verzichtet.
Stattdessen wird im Text das generische Maskulinum verwendet,
in den Beispielen dagegen ausschließlich die weibliche Form.*

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck.de

ISBN 978 3 406 80824 1

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: Textservice Zink, 74869 Schwarzach
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Die vorliegende Neuauflage erscheint erneut nicht einmal drei Jahre nach der Voraufgabe. In der Zwischenzeit ist die Digitalisierung des Zivilverfahrens weiter vorangeschritten. Die Rechtsanwälte unterliegen mittlerweile der beA-Nutzungspflicht und reichen ihre Schriftsätze elektronisch ein. Auch die Verfahren werden zunehmend elektronisch geführt. Die einzelnen Gerichte sind dabei bislang unterschiedlich weit vorangekommen. Einige von Ihnen werden vielleicht nur noch elektronisch arbeiten, andere es immer noch vorwiegend mit Papierakten zu tun haben. Die Neuauflage berücksichtigt beide Situationen. Eine umfassende Darstellung der elektronischen Akte ist jedoch nicht nur aus Platzgründen nicht möglich, sondern vor allem deshalb, weil es verschiedene technische Umsetzungen in den einzelnen Bundesländern gibt.

Außerdem berücksichtigt diese Neuauflage neben aktueller Rechtsprechung auch die geplante Neuregelung der Video-Verhandlung. Ansonsten gilt das zur Voraufgabe Gesagte weiter: Wir widerstehen dem Drang zur inhaltlichen Erweiterung, um den Charakter des Buches als Einstiegshilfe nicht zu ändern.

Für Kritik und Anregungen sind wir weiterhin sehr dankbar.

Hamburg im Februar 2024

*Janko Büßer
Martin Tonner*



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur ersten Auflage

Der Arbeitsalltag eines Zivilrichters besteht im Wesentlichen aus zwei Konstanten: der Gestaltung des Verfahrens und dem Abfassen von Entscheidungen. Wenn Sie erstmals als Beisitzer einer Zivilkammer am Landgericht eingesetzt werden bzw. den Vorsitz einer Zivilabteilung am Amtsgericht übernehmen, werden Sie sich vielleicht nicht auf sämtliche Anforderungen hinreichend vorbereitet fühlen, zumal diese Anforderungen stetig steigen: Das Recht wird internationaler und komplexer, Rechtsanwälte spezialisieren sich zunehmend auf bestimmte Rechtsgebiete und nicht zuletzt erhöht sich die Arbeitsbelastung. Unverändert bleibt die berechnete Erwartung der Parteien auf schnelle und sachgerechte Erledigung des Rechtsstreits.

Dieses Buch soll Ihnen den Einstieg in Ihre Zivilrichtertätigkeit erleichtern und helfen, die nötige Sicherheit bei der Gestaltung der Verfahren und im Umgang mit dem Bestand Ihres Dezernats schnellstmöglich zu erlangen. Nach unserer Vorstellung soll diese Hilfe auf zwei Arten erfolgen: Zum einen können Sie sich einen Überblick über den Ablauf eines Zivilverfahrens und die jeweils anstehenden Arbeitsschritte verschaffen; zum anderen können Sie bei der täglichen Arbeit gezielt darauf zurückgreifen, wenn Sie in bestimmten Situationen Hinweise für die Verfahrensgestaltung oder die Formulierung von Verfügungen, Beschlüssen und Urteilen suchen.

Deshalb haben wir in erster Linie Wert auf die Darstellung der wichtigsten Abläufe und Formalien gelegt und nicht auf die „materielle“ Lösung prozessrechtlicher Probleme, für die Sie im Zweifel auf Kommentare zurückgreifen können. Dabei ist uns selbstverständlich bewusst, dass sich in vielen Konstellationen mehrere Vorgehensweisen, Formulierungen oder Gestaltungen anbieten und es häufig eine Frage der Erfahrung, Routine, manchmal auch der „regionalen Übung“ und nicht zuletzt des persönlichen Stils und Geschmacks ist, für welche Sie sich entscheiden.

Schließlich muss sich die Darstellung im Wesentlichen auf den gewöhnlichen Verfahrensverlauf, den „Standardprozess“, beschränken, der Sie in der täglichen Arbeit am häufigsten beschäftigen wird. Daneben kennt die Praxis der Zivilprozesse natürlich unzählige weitere Konstellationen, in denen der berühmte Blick in das Gesetz nicht genügt, deren Behandlung aber den Rahmen dieses Buches sprengen würde. Wir sind uns jedoch sicher, dass Sie hierfür und für alle weiteren Fragen jederzeit auf die Hilfsbereitschaft der erfahrenen Kolleginnen und Kollegen in Ihrem Umfeld zurückgreifen können.

Sollten Sie Kritik äußern wollen oder Anregungen haben, bitten wir Sie um eine Nachricht an: info@zivilrichter.net.

Hamburg im Juli 2010

*Janko Büßler
Martin Tonner*

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Vorwort zur ersten Auflage	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXIII

1. Kapitel Allgemeines

§ 1. Organisation des Zivilverfahrens an Ihrem Gericht	1
I. Geschäftsverteilungsplan	1
1. Geschäftsverteilungsplan des Gerichts	1
2. Kammerinterner Geschäftsverteilungsplan	1
II. Ihre Geschäftsstelle	1
III. Elektronische Akte und Papierakte	2
§ 2. Ihr Arbeitsalltag	2
I. Aktenbestand	2
II. Dekretur/Verfügungen	3
1. Dekretur	3
2. Verfügungen	3
III. Tipps	4

2. Kapitel Die Dezernatsarbeit

§ 3. Typische Verfügungen, Entscheidungen und Arbeitsschritte	7
I. Übermittlung von Schriftstücken	7
1. Adressat	7
2. Form der Übermittlung	7
a) Zustellung	8
b) Formlose Mitteilung	8
3. Schriftsätze und gerichtliche Schriftstücke	8
a) Gerichtliche Schriftstücke	8
b) Schriftsätze	8
4. Öffentliche Zustellung	9
a) Voraussetzungen	9
b) Entscheidung	10
5. Wirksamkeit der Zustellung	10
a) Tatsächlicher Zugang des Schriftstücks	11
b) Förmlicher Nachweis der Zustellung	11
c) Ordnungsgemäße Ausführung der Zustellung	11
d) Fristberechnung	12
II. Entscheidung über Fristverlängerung	12
1. Antrag	12
2. Verfahren	12
3. Inhaltliche Prüfung	13
a) Möglichkeit der Fristverlängerung	13
b) Rechtzeitigkeit des Antrags	13
c) Begründetheit des Antrags	13
4. Entscheidung	13

III. Prozessstillstand durch Unterbrechung, Aussetzung und Ruhen des Verfahrens	14
1. Unterbrechung	14
a) Verfahren	14
b) Unterbrechungsgründe im Einzelnen	15
2. Aussetzung	17
a) Aussetzung auf Antrag	17
b) Aussetzung von Amts wegen	17
c) Beschluss	17
d) Wirkung	18
3. Ruhen des Verfahrens	18
IV. Einbeziehung Dritter in den Prozess	18
1. Widerklage	18
a) Zulässigkeit der Widerklage	19
b) Zustellung	20
c) Entscheidung	20
d) Besonderheiten bei Drittwiderklagen	20
e) Zwischenfeststellungswiderklage	22
2. Gewillkürter Parteiwechsel in erster Instanz	22
a) Klägerwechsel und -beitritt	22
b) Parteierweiterung auf Beklagtenseite	22
c) Beklagtenwechsel	23
d) Berichtigung des Passivrubrums	23
3. Streitverkündung	24
a) Zustellung	24
b) Reaktion des Dritten	24
V. Streitwertermittlung und -festsetzung	25
1. Maßgebliche Streitwerte	25
a) Zuständigkeitsstreitwert	25
b) Kostenstreitwert	25
c) Rechtsmittelstreitwert	25
2. Ermittlung von Zuständigkeits- und Kostenstreitwert	25
a) Darlegung durch den Kläger	25
b) Gemeinsamkeiten in den Grundkonstellationen	26
c) Unterschiede in besonderen Konstellationen	26
3. Streitwertfestsetzung	27
a) Vorläufige Festsetzung	27
b) Endgültige Festsetzung	27
VI. Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit	28
1. Adressat des Ablehnungsantrags	28
a) Wartepflicht	29
b) Dienstliche Äußerung	29
c) Abgabe	29
2. Entscheidung über einen Ablehnungsantrag	30
a) Zuständigkeit	30
b) Rechtliches Gehör	30
c) Entscheidung	30
d) Sofortige Beschwerde	31
3. Übernahme eines Verfahrens von einem abgelehnten Kollegen	31
VII. Akteneinsichtsgesuch	32
1. Parteien	32
2. Dritte	32
VIII. Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	32
1. Verfahren	33
2. Entscheidung	33

IX. Übertragung des Rechtsstreits auf den Einzelrichter bzw. die Zivilkammer	33
1. Originärer und obligatorischer Einzelrichter	33
a) Richter auf Probe	33
b) Spezialekammer	34
2. Übertragung auf den Einzelrichter	34
3. Übertragung auf die Kammer	34
4. Berichterstattung in Kammersachen	34
X. Gütliche Beilegung des Rechtsstreits	34
1. Güteverhandlung	35
2. Vergleichsbeschluss (§ 278 VI ZPO)	35
a) Vergleichsvorschlag	35
b) Beschluss	36
3. Verweisung vor den Güterichter (§ 278 V ZPO)	36
4. Außergerichtliche Konfliktbeilegung (§ 278a ZPO)	37
5. Streit über die Wirksamkeit eines Vergleichs	37
§ 4. Richterliche Hinweispflichten	38
I. Allgemeines	38
1. Sinn und Zweck	38
2. Adressat der Hinweise	38
3. Zeitpunkt der Hinweise	39
4. Umfang der Hinweise	39
5. Dokumentation	40
6. Grenzen der Hinweispflicht	40
7. Folgen der Verletzung der Hinweispflicht	41
II. Gegenstand der Hinweise	41
1. Zulässigkeitsbedenken	41
2. Sachanträge	42
3. Sachvortrag	42
4. Beweismittel	42
5. Verbot von Überraschungsentscheidungen	42
3. Kapitel	
Der Ablauf des erstinstanzlichen Verfahrens	
§ 5. Erste Arbeitsschritte nach Eingang der Klage	43
I. Eingang der Sachen bei Gericht	43
II. Prüfung Ihrer gerichtlichen Zuständigkeit	44
1. Zuständigkeit Ihrer Abteilung/Kammer	44
2. Kammerinterne Zuständigkeit	44
3. Sachzusammenhang	44
III. Die formalen Voraussetzungen der Zustellung	45
1. Gerichtskostenvorschuss	45
2. Notwendiger Inhalt der Klageschrift	46
3. Beglaubigte Abschriften	46
4. Zustellung im Ausland	47
IV. Wahl der Verfahrensart und Zustellung der Klageschrift	47
1. Vorbereitung des Haupttermins	47
a) Wahl der Verfahrensart	47
b) Hinweise und Auflagen an die Parteien	49
c) Schriftlicher Vergleichsvorschlag	50
2. Ausführung der Zustellung	50
3. Wiedervorlagefrist	50
4. Signatur/Unterschrift	50
5. Beispielsverfügungen	51
a) Früher erster Termin	51

	b) Schriftliches Vorverfahren	51
§ 6.	Der Fortgang des Verfahrens	52
	I. Zustellungsproblem	52
	II. Schriftlicher Vergleich	52
	III. Weiterer Verlauf bei Anberaumung eines frühen ersten Termins	53
	1. Reaktionen der Parteien	53
	a) Anträge auf Fristverlängerung oder Terminsverlegung	53
	b) Reaktionen des Klägers	53
	c) Reaktionen des Beklagten	54
	2. Durchführung des Termins	57
	IV. Weiterer Verlauf bei Anordnung des schriftlichen Vorverfahrens	57
	1. Reaktionen der Parteien	57
	a) Fristverlängerungsantrag	57
	b) Reaktionen des Klägers	57
	c) Reaktionen des Beklagten	57
	2. Sitzungs- und Verkündungstermin	58
§ 7.	Prozessverlauf nach Mahnverfahren	58
	I. Widerspruch gegen einen Mahnbescheid	58
	1. Der Weg der Akte	58
	2. Verfahrensablauf	59
	a) Anspruchsbegründung geht nicht ein	59
	b) Anspruchsbegründung geht ein	59
	3. Die Entscheidung	59
	4. Besonderheiten	59
	a) Rücknahme des Antrags auf Durchführung des streitigen Verfahrens ..	59
	b) Rücknahmefiktion bei geringerem Antrag	60
	c) Rücknahme des Widerspruchs	60
	II. Einspruch gegen einen Vollstreckungsbescheid	60
	1. Der Weg der Akte	60
	2. Unzulässigkeit des Einspruchs	60
	a) Hinweis	60
	b) Entscheidung	61
	3. Zulässigkeit des Einspruchs	61
	a) Anspruchsbegründung liegt nicht vor	61
	b) Anspruchsbegründung liegt vor	61
	4. Säumnis des Beklagten im Einspruchstermin	62
	5. Die Entscheidung	62

4. Kapitel

Güteverhandlung, mündliche Verhandlung, Beweisaufnahme, Verkündungstermin

§ 8.	Güteverhandlung und mündliche Verhandlung	63
	I. Die Anberaumung des Termins	63
	1. Gestaltung des Sitzungstages	63
	2. Ladung	63
	a) Güteverhandlung, mündliche Verhandlung, Beweistermin	63
	b) Termin	64
	c) Beteiligte	64
	d) Weitere vorbereitende Anordnungen	65
	e) Wiedervorlagefrist	65
	f) Beispielsverfügung	65
	3. Verfügungen vor dem Termin	66
	a) Terminaufhebung und -verlegung	66
	b) Entbindung vom persönlichen Erscheinen	66

II. Vorbereitung des Termins	67
1. Hospitation	67
2. Kleidung	67
3. Inhaltliche Vorbereitung	67
4. Protokollierung	68
5. Vorbereitung am Terminstag	68
III. Umgang mit den Beteiligten	68
1. Allgemeine Tipps	68
2. „Sitzungspolizei“	69
IV. Ablauf des Termins	70
1. Beginn	70
a) Anwesenheit	70
b) Dolmetscherbeeidigung	71
c) Übergabe von Schriftstücken	71
2. Güteverhandlung	71
a) Einführung in den Sach- und Streitstand	71
b) Anhörung	72
c) Vergleichsgespräche	72
3. Mündliche Verhandlung	74
a) Sachanträge	75
b) Beendigung des Verfahrens ohne streitiges Urteil	75
c) Hinweise	76
d) Anträge auf Protokollierung (§ 160 IV ZPO)	76
4. Beweisaufnahme	77
5. Schluss der mündlichen Verhandlung	77
a) Entscheidung des Rechtsstreits	77
b) Prozessleitende Anordnungen	78
6. Abschluss des Protokolls	81
V. Verhandlung im Wege der Bild- und Tonübertragung (§ 128a ZPO)	81
1. Rechtliche Voraussetzungen der Videoverhandlung gemäß § 128a I ZPO	82
a) Anordnung oder Ablehnung der Videoverhandlung durch Beschluss	82
b) Abwesenheit der Parteien	84
c) Protokollierung und Öffentlichkeit	86
2. Praktische Durchführung und Schwierigkeiten	86
§ 9. Beweisaufnahme	88
I. Grundsätzliches	88
1. Ziel der Beweisaufnahme: Gewinnung der richterlichen Überzeugung	88
2. Gegenstand der Beweiserhebung	89
3. Beweisarten	90
a) Strengbeweis	90
b) Freibeweis	90
c) Glaubhaftmachung	90
4. Darlegungs- und Beweislast	91
a) Begriffe	91
b) Verteilung der Darlegungs- und Beweislast	93
c) Beweiserleichterungen	96
II. Die Entscheidung über die Beweiserhebung	98
1. Entscheidungserheblichkeit und Beweisbedürftigkeit	98
a) Entscheidungserheblichkeit	98
b) Beweisbedürftigkeit	99
c) Umgang mit Hauptbeweis und Gegenbeweis	100
d) Beweisverwertungsverbote	101
2. Hinreichender Beweisantritt	101
a) Form des Beweisantritts	101

b) Inhalt des Beweisantritts	101
c) Zurücknahme von Beweisanträgen	105
3. Ablehnung der Beweiserhebung	105
a) Ablehnungsgründe	105
b) Verfahren	106
4. Beweisbeschluss und formlose Beweisanordnung	106
a) Beweisbeschluss	106
b) Formlose Beweisanordnung	107
5. Ladung zum Beweisaufnahmetermin	108
III. Durchführung der Beweisaufnahme	109
1. Allgemeines zur Beweisaufnahme	109
a) Grundsatz der Unmittelbarkeit und Grundsatz der Parteiöffentlichkeit	109
b) Ablauf des Beweisaufnahmetermins und anschließende Erörterung	110
2. Die einzelnen Beweismittel	111
a) Beweis durch Augenschein, insbesondere Ortstermin	111
b) Zeugenbeweis	111
c) Beweis durch Sachverständige	115
d) Beweis durch Urkunden	120
e) Beweis durch Parteivernehmung	120
3. Beweisaufnahme im Wege der Videovernehmung gemäß § 128a II ZPO	121
a) Rechtliche Voraussetzungen	121
b) Praktische Überlegungen	123
IV. Der Umgang mit dem Beweisergebnis	124
1. Ergiebigkeit	124
2. Beweiswürdigung	124
a) Grundsätzliches zur Beweiswürdigung	124
b) Maßstab der Überzeugungsbildung	125
3. Darstellung der Beweiswürdigung im Urteil	125
a) Allgemeines	125
b) Aufbauvarianten	126
c) Beweiswürdigung bei einzelnen Beweismitteln und in besonderen Konstellationen	127
§ 10. Der Umgang mit verspätetem Parteivorbringen	132
I. Was ist verspätetes Vorbringen?	132
1. Angriffs- und Verteidigungsmittel	132
2. Verspätung	132
a) Vorbringen vor Schluss der mündlichen Verhandlung	133
b) Vorbringen nach Schluss der mündlichen Verhandlung: Der Fall des § 296a ZPO	134
c) Verspätungen im Rechtsmittelrecht	134
II. Wann bleibt verspätetes Vorbringen unberücksichtigt?	134
1. Vorbringen vor Schluss der mündlichen Verhandlung: Die Fälle des § 296 ZPO	135
a) Nur bei förmlich richtiger Fristsetzung	135
b) Verschulden	135
c) Kausale Verzögerung	135
d) Umgehungsmöglichkeiten für die Parteien	136
2. Vorbringen nach Schluss der mündlichen Verhandlung: Der Fall des § 296a ZPO	137
III. Darstellung in der Entscheidung	137
1. Bis zum Schluss der mündlichen Verhandlung erfolgter Vortrag	137
a) Erster Schritt: Gewährung rechtlichen Gehörs	138

b) Zweiter Schritt: Entscheidung über die Zulassung verspäteten Vorbringens	138
2. Nach Schluss der mündlichen Verhandlung erfolgter Vortrag	139
§ 11. Verkündungstermin, Wiedereröffnung	140
I. Korrektur und Berichtigung des Protokolls	140
II. Verkündungstermin	141
1. Urteilsverkündung	141
2. Verlegung des Verkündungstermins	141
III. Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung	142
1. Wiedereröffnungsgründe	142
2. Zeitpunkt und Form	142
3. Schriftliches Verfahren, § 128 II ZPO	142

5. Kapitel

Urteil, Erledigung, Klagerücknahme

§ 12. Das Urteil	145
I. Gesetzlicher Rahmen	145
II. Urteilsarten	145
1. Bezeichnung des Urteils	146
2. Kombinationen	147
III. Aufbau und Abfassung des Urteils	147
1. Die Elemente des Urteils im Überblick	147
2. Rubrum	147
3. Tenorierung	148
a) Hauptsache	149
b) Kosten	149
c) Vorläufige Vollstreckbarkeit	152
d) Besondere Konstellationen	154
4. Tatbestand	159
a) Allgemeines	159
b) Besondere Konstellationen	161
5. Entscheidungsgründe	162
a) Allgemeines	162
b) Besondere Umstände	165
6. Rechtsbehelfsbelehrung	165
7. Unterschriften	166
8. Weitere mögliche Bestandteile des Urteils	166
a) Streitwertfestsetzung	166
b) Berufungszulassung	167
IV. Urteile in besonderen Konstellationen	167
1. Anerkenntnisurteil	167
a) Tenor	167
b) Tatbestand und Entscheidungsgründe	169
2. Versäumnisurteil	169
3. Teil- und Schlussurteil	169
a) Teilurteil	169
b) Schlussurteil	170
4. Grundurteil	170
a) Tenor	170
b) Tatbestand und Entscheidungsgründe	171
c) Betragsverfahren	171
5. Zwischenurteil über die Zulässigkeit der Klage	171
a) Tenor	172
b) Tatbestand und Entscheidungsgründe	172
c) Hauptsacheverfahren	172

6. Vorbehaltsurteil	172
a) Tenor	172
b) Tatbestand und Entscheidungsgründe	175
7. Verzichtsurteil	175
a) Tenor	175
b) Tatbestand und Entscheidungsgründe	175
8. Urteil nach Mahnverfahren	175
a) Tenor	176
b) Tatbestand	177
c) Entscheidungsgründe	177
9. Klageänderung und teilweise Klagerücknahme	177
a) Tenor	177
b) Tatbestand	178
c) Entscheidungsgründe	179
10. Klage und Widerklage	179
a) Tenor	179
b) Tatbestand	180
c) Entscheidungsgründe	181
11. Prozessaufrechnung	181
a) Tenor	181
b) Tatbestand	181
c) Entscheidungsgründe	182
12. Mehrheit von Streitgegenständen	182
a) Objektive Klagehäufung	182
b) Stufenklage	183
c) Eventualklagehäufung (Haupt- und Hilfsantrag)	183
13. Mehrheit von Parteien oder Beteiligten	185
a) Gewillkürter Parteiwechsel	185
b) Streitgenossenschaft	185
c) Streithelfer	187
d) Streitverkündung	189
14. Prozessvergleich	189
15. Urteil im einstweiligen Rechtsschutz	190
16. Berufungsurteil	190
17. Urteile im Rahmen der Zwangsvollstreckung	190
V. Berichtigung und Ergänzung des Urteils	190
1. Berichtigung des Urteils nach § 319 ZPO	190
2. Berichtigung des Tatbestands nach § 320 ZPO	191
3. Ergänzung des Urteils nach § 321 ZPO	193
a) Verfahren	193
b) Umfang	194
§ 13. Die Erledigung des Rechtsstreits	195
I. Übereinstimmende Erledigungserklärungen	195
1. Vollständige Erledigungserklärungen	195
a) Verfahren	195
b) Fertigung des Beschlusses	196
2. Teilweise Erledigungserklärungen	197
II. Einseitige Erledigungserklärung	197
1. Vollständige Erledigungserklärung	197
2. Teilweise Erledigungserklärung	199
§ 14. Die Klagerücknahme	199
I. Rücknahme vor mündlicher Verhandlung des Beklagten	199
II. Rücknahme nach mündlicher Verhandlung des Beklagten	201
1. Einwilligung liegt vor	201
2. Einwilligung liegt nicht vor	201

6. Kapitel
Besondere Verfahren

§ 15. Säumnisverfahren	203
I. Säumnis einer Partei in der mündlichen Verhandlung	203
1. Erlass eines Versäumnisurteils	203
a) Formale Voraussetzungen	203
b) Materielle Voraussetzungen	204
2. Entscheidung nach Lage der Akten	205
II. Säumnis beider Parteien in der mündlichen Verhandlung	206
III. Versäumnisurteil im schriftlichen Vorverfahren	206
IV. Einspruchsverfahren	207
1. Unzulässigkeit des Einspruchs	207
2. Einspruchstermin	208
3. Die Entscheidung	208
a) Tenor	208
b) Tatbestand	209
c) Entscheidungsgründe	210
§ 16. (Isoliertes) Prozesskostenhilfverfahren	210
I. Voraussetzungen des § 114 ZPO	210
II. Verfahren	211
1. Hinweise und Auflagen für den Antragsteller	211
2. Rechtliches Gehör	211
3. Beispielsverfügung	211
4. PKH-Prüftermin	211
III. Verweisung	212
IV. Entscheidung über den PKH-Antrag	212
1. Grundsätze	212
2. Bewilligung	212
a) Beiordnung eines Rechtsanwalts	212
b) Beschluss	213
c) Verfügung	213
d) Folgen der Bewilligung für das Verfahren	213
3. Versagung	214
V. Sofortige Beschwerde	214
1. Gegen Bewilligung ohne Ratenzahlung	214
2. Gegen Bewilligung mit Ratenzahlung und Versagung	214
VI. PKH-Antrag des Beklagten	215
§ 17. Vereinfachtes Verfahren gemäß § 495a ZPO	216
I. Anwendbarkeit	216
II. Verfahrenserleichterungen	217
III. Entscheidungen	218
IV. Rechtsmittel: Gehörsrüge	218
§ 18. Selbstständiges Beweisverfahren	218
I. Allgemeines	219
II. Verfahren	219
1. Einleitung des Verfahrens	219
a) Beweisantrag	220
b) Zuständigkeit	220
c) Rechtliches Gehör	220
2. Entscheidung	221
3. Durchführung der Beweisaufnahme	221
III. Abschluss und Wirkung des Verfahrens	222
§ 19. Urkunden- und Wechselprozess	224
I. Allgemeines	224
II. Vorverfahren	224

III. Nachverfahren	226
IV. Besonderheiten des Wechsel- und Scheckprozesses	227
§ 20. Einstweiliger Rechtsschutz	228
I. Allgemeines	228
II. Arrest	228
1. Verfahren nach Eingang eines Arrestantrags	228
a) Erlass des Arrests	228
b) Verfahren bei Nichterlass des Arrests	230
2. Verfahren nach Widerspruch	231
a) Verfahrensablauf	231
b) Urteil nach Widerspruch	231
III. Einstweilige Verfügung	232
1. Vorgehensweise nach Eingang eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Verfügung	233
a) Erste Arbeitsschritte	233
b) Rechtliche Prüfung	234
c) Entscheidung über das weitere Vorgehen	234
2. Verfahren nach Eingang eines Widerspruchs	237
a) Anberaumung der mündlichen Verhandlung	237
b) Entscheidung durch Urteil	237
3. Weitere Schritte nach Erlass oder Bestätigung der einstweiligen Verfügung	238
a) Vollziehung der einstweiligen Verfügung	238
b) Anordnung der Klageerhebung	238
c) Aufhebung wegen veränderter Umstände	239
4. Bestrafungsverfahren	239
7. Kapitel	
Berufung und sonstige Rechtsbehelfe	
§ 21. Das Berufungsverfahren	241
I. Vorlage der Akte beim Richter	241
1. Eingang der Berufungsbegründung	241
2. Fristverlängerungsantrag	241
3. Ablauf der Berufungsbegründungsfrist	242
II. „Vorprüfung“	242
III. Zulässigkeitsprüfung	242
1. Statthaftigkeit	242
a) Berufungsgegenstand	243
b) Beschwer des Berufungsklägers	243
2. Zuständigkeit	243
3. Form und Inhalt	243
4. Frist	245
a) Berufungsfrist	245
b) Berufungsbegründungsfrist	246
5. Entscheidung bei Unzulässigkeit	246
a) Hinweis	246
b) Entscheidung	247
IV. Prüfung der Erfolgsaussichten der Berufung	248
1. Gegenstand des Berufungsverfahrens	248
a) Streitgegenstand und Anträge, § 528 ZPO	248
b) Neue Ansprüche	248
2. Berufungsgrund: Rechtsverletzung, § 513 I Alt. 1 ZPO	249
3. Berufungsgrund: Fehler in der Tatsachenfeststellung, § 513 I Alt. 2 ZPO	249

a) Bindung an den festgestellten Parteivortrag	249
b) Berücksichtigung zu Unrecht zurückgewiesener Angriffs- und Verteidigungsmittel	250
c) Berücksichtigung neuer Angriffs- und Verteidigungsmittel	250
d) Beweisaufnahme in der Berufungsinstanz	252
4. Besonderheiten	254
a) Unzuständigkeit des Amtsgerichts	254
b) Zweites Versäumnisurteil	254
V. Zurückweisung der Berufung nach § 522 II ZPO	254
1. Keine Erfolgsaussichten	254
2. Weitere Zurückweisungs Voraussetzungen nach Satz 1	254
a) Keine grundsätzliche Bedeutung	254
b) Kein Berufungsurteil erforderlich	255
c) Keine mündliche Verhandlung geboten	255
3. Hinweis	255
4. Entscheidung	255
a) Zurückweisung durch Beschluss	255
b) Fortgang des Verfahrens	257
VI. Anberaumung eines Berufungstermins	257
1. Übertragung auf den Einzelrichter	257
2. Terminierung	257
VII. Durchführung des Termins	258
VIII. Beendigung des Verfahrens ohne streitiges Urteil	258
1. Berufungsrücknahme	258
2. Klagerücknahme	259
3. Klageverzicht	259
4. Anerkenntnis	259
5. Vergleich	259
IX. Beendigung des Verfahrens durch streitiges Berufungsurteil	259
1. Tenor	259
a) Verwerfung der unzulässigen Berufung	259
b) Zurückweisung der unbegründeten Berufung	260
c) Abänderung des angefochtenen Urteils	260
d) Teilweise Abänderung des angefochtenen Urteils	261
e) Aufhebung des angefochtenen Urteils und Zurückverweisung	261
f) Zulassung der Revision	261
2. Bezugnahme auf den Tatbestand	262
3. Entscheidungsgründe	263
4. Verkündung	263
X. Anschlussberufung	264
XI. Prozesskostenhilfe	264
1. PKH-Antrag des Berufungsklägers	264
a) Bedingte Berufungseinlegung	265
b) Isolierter PKH-Antrag	265
c) PKH-Antrag neben Berufungseinlegung	266
2. PKH-Antrag des Berufungsbeklagten	266
§ 22. Sofortige Beschwerde	266
I. Sofortige Beschwerde gegen Ihren Beschluss	266
1. Abhilfe	267
2. Verwerfung	267
3. Nichtabhilfe	267
II. Entscheidung über eine sofortige Beschwerde	268
1. Vorprüfung	268
a) Zuständigkeit	268
b) Einholung des Nichtabhilfebeschlusses	268

2. Zulässigkeit der Beschwerde	268
a) Statthaftigkeit	268
b) Beschwerdefrist	269
c) Form der Beschwerde	270
3. Begründetheit der Beschwerde	270
4. Entscheidung über die Beschwerde	270
a) Unzulässigkeit	270
b) Unbegründetheit	270
c) Begründetheit	270
5. Rücknahme der sofortigen Beschwerde	271
§ 23. Gehörsrüge	271
I. Zulässigkeit der Gehörsrüge	271
1. Statthaftigkeit	271
2. Form	272
3. Frist	272
II. Begründetheit der Gehörsrüge	272
1. Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	272
2. Entscheidungserheblichkeit	272
III. Anhörung des Gegners	273
IV. Entscheidung über die Gehörsrüge	273
1. Unzulässigkeit	273
2. Unbegründetheit	273
3. Begründetheit	273
§ 24. Verzögerungsrüge	274
Stichwortverzeichnis	275


beck-shop.de
 DIE FACHBUCHHANDLUNG